

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
11. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 22.03.2022 um 17:00 Uhr
in der Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
17:00

Ende:
19:07

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Vincent Endereß
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Monika Morwind
Stv. Rainer Wetterau

bis TOP 23 / 19:05 Uhr

Vertretung für Stv. Schmelcher

SPD-Fraktion

Stv. Jörg Dürr

Vertretung für Stv. Drennhaus
ab TOP 9 / 15:50 Uhr

Stv. Martin Haesen
Stv. Marion Klaus
Stv. Jens Niklaus

Vertretung für Stv. Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat
Stv. Sonja Lütz

Vertretung für Stv. T. Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Nicola Günther
Stv. Andreas Rehm
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für Stv. Sack

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe

(online ohne Stimmrecht) Vertretung für
Stv. Ruppert
Bis TOP 21

beratende Mitglieder

Stv. Harald Giebels

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Beigeordnete

Beigeordnete Christine-Petra Schacht

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel

StOVR Gerhard Titzer

online

TA Guido Mering

StBR Martin Stolz

Personalrat

VA Carsten Butz

Gäste

AM Robert Abel

Herr Alfred Babel

Herr Henrik Giebels

AM Ulrich Klaus

Herr Jan Klinger

Die Vorsitzende Bgm'in Dr. Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 11. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke verweist darauf, dass ein Mitarbeiter der Bahn online dazugeschaltet ist, um das Thema des Bahnhofes Gruiten zu präsentieren. Sie schlägt daher vor, die TOPs 15. und 15.1 als neuen TOP 4 zu behandeln.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Bürgerantrag vom 21.12.2021**
hier: Neuabstimmung über die Küche der neuen Mensa der Gesamtschule Haan
Vorlage: 10/083/2022
-

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke begrüßt die anwesenden Vertreter der Schülervertretung der Gesamtschule Haan und gibt ihnen die Möglichkeit, ihren Bürgerantrag zu erläutern.

Herr Hendrick Giebels verliest daraufhin die Stellungnahme der Schülervertretung zu ihrem Bürgerantrag vom 21.12.2021 sowie der dazugehörigen Verwaltungsvorlage (*siehe Ratsinformationssystem*).

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert im Anschluss den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend, dass die Verwaltung in dem Bürgerantrag leider keine neuen Gesichtspunkte zu dem Sachverhalt sehe, welche nicht auch bereits in den Beratungen des damaligen Ratsbeschlusses diskutiert worden seien. Zudem sei man mittlerweile in dem Verfahren sehr weit fortgeschritten, weshalb eine Aufhebung und Neuplanung der Mensa nur unter großen finanziellen, aber auch planerischen Aufwendungen möglich sei. Daher habe die Verwaltung in der Vorlage den Vorschlag gemacht, von einer weiteren Prüfung des Bürgerantrages gem. § 11 Abs. 7 lit. e der Hauptsatzung der Stadt Haan abzusehen.

Stv. Lukat bedankt sich für den Bürgerantrag der Schülervertretung und bedauert, dass dieser im weiteren Verfahren leider nicht berücksichtigt werden könne, da das Verfahren auch bereits weit fortgeschritten sei. Sie erinnert an die damalige Diskussion zu dem Thema und führt aus, dass zwar im Grunde alle für eine Frischkochküche gewesen seien, diese aber aufgrund der finanziellen Situation nicht realisierbar gewesen sei. Daher habe sich der Rat damals mehrheitlich für die Cook&Chill-Variante ausgesprochen. Die WLH-Fraktion unterstütze daher den Beschlussvorschlag der Verwaltung, führt aber auch aus, dass über das Angebot der Speisen weiterhin mit den Schüler_innen der Gesamtschule gesprochen werden solle.

Stv. Haesen bedankt sich ebenfalls für den Bürgerantrag und erläutert, dass sich die SPD-Fraktion auch bereits zum damaligen Beschluss für die Variante einer Frischkochküche ausgesprochen habe. Er räume zwar ein, dass dies die teurere Variante sei, die Fraktion dies aber als sinnvolle Investition in die Zukunft sehe. Die SPD-Fraktion spreche sich daher gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Techn. Bgo. Schacht erläutert, dass man im Verfahren derzeit schon sehr weit sei. Die Verwaltung habe Ende 2021 die funktionale Leistungsbeschreibung auf den Markt gebracht, welche auf der abgeschlossenen Planung und dem damaligen Mehrheitsbeschluss des Rates für eine Cook&Chill-Küche basiere. Sie weist darauf hin, dass das gesamte Projekt auf Null gesetzt und komplett neu geplant werden müsse, was zur Folge hätte, dass sich das Projekt um weitere ein bis zwei Jahre verzöge, sollte dem Bürgerantrag gefolgt werden. Dies sei natürlich auch mit erheblichen Mehrkosten im Bereich der Bau- und Planungsleistungen verbunden.

Stv. Harald Giebels verweist auf die Wortmeldung der Stv. Lukat und erinnert ebenfalls an die damalige Beratung im Rat. Die Mehrheit habe zwar eine Frischkochküche gewollt, sich aber letztlich aus Kostengründen für die Cook&Chill-Variante ausgesprochen. Er erinnert auch daran, dass eine Schülervertretung zum damaligen Zeitpunkt leider noch nicht als Ansprechpartner zur Verfügung stand. Er spricht sich dafür aus, zu schauen, was von dem Bürgerantrag möglicherweise noch umgesetzt werden könne.

Stv. Rehm bedankt sich im Namen der GAL-Fraktion ebenfalls für den Bürgerantrag, da auch die GAL-Fraktion für eine Frischkochküche sei. Um den Antrag zu würdigen, spreche er sich dafür aus, diesen weiter zu diskutieren, um zu erörtern, was zum derzeitigen Standpunkt des Verfahrens noch möglich sei. Als erste Idee führt er eine Hybridküche an. Insofern werde die GAL-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung ablehnen, so dass der Bürgerantrag im Fachausschuss erneut diskutiert werden könne.

Stv. Kaimer hebt hervor, dass der Bürgerantrag sehr gut formuliert sei, weshalb auch er sich im Namen der CDU-Fraktion für diesen bedanke. Gleichwohl seien aber auch die Argumente der Verwaltung nachvollziehbar. Die CDU-Fraktion spreche sich zwar für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus, jedoch solle das Thema weiterhin diskutiert werden, sofern es noch Möglichkeiten gebe, dem Ansinnen der Schülervertretung näher zu kommen.

1. **Bgo. Herz** möchte auch auf den Standpunkt der Gesamtschule verweisen, die darum gebeten habe, das Projekt nicht weiter zu verzögern, als es ohnehin bereits der Fall sei.

Beschluss:

Von einer weiteren Prüfung des Bürgerantrages vom 21.12.2021 wird gem. § 11 Abs. 7 lit. e der Hauptsatzung der Stadt Haan abgesehen, da dieser im Hinblick auf einen bereits in einer Ratssitzung behandelten Sachverhalt keine neuen Gesichtspunkte enthält.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
10 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

2./ **Bürgerantrag vom 18.02.2022**
hier: Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 54a, 2. Änderung im Bereich Becherbanden nach § 13 Bau GB im vereinfachten Verfahren
Vorlage: 10/084/2022

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 18.02.2022 wird zur weiteren Beratung an den **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA)** verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3./ **Bürgerantrag vom 18.02.2022**
hier: Aufstellung einer Außenbereichssatzung i.S.v. § 35 Abs. 6 BauGB: Bereich Fritz-Reusing-Weg, Haan und Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans
Vorlage: 10/085/2022

Protokoll:

Stv. Lukat verweist darauf, dass Bürgeranträge abzulehnen seien, wenn der beantragte Inhalt gegen geltendes Recht verstoßen würde. Daher möchte sie hier wissen, ob bereits alle Rechtsmittel ausgeschöpft seien oder ob ggf. eine Duldung möglich sei.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert, dass im Fachausschuss weitere Ausführungen bezüglich einer Duldung vorgelegt würden, daher schlage die Verwaltung hier den Verweis in den Fachausschuss vor.

Stv. Rehm führt aus, dass der Verweis jedoch nur dazu diene, im Fachausschuss nochmal eine fachliche Diskussion zu führen. Er möchte sichergehen, dass hier keine falschen Hoffnungen bei den Antragsstellern geweckt würden.

Die **Stv. Lemke** und **Stv. Dürr** geben für ihre Fraktionen ebenfalls die Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 18.02.2022 wird zur weiteren Beratung an den **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA)** verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**4./ Krieg in der Ukraine - Aufnahme von Flüchtlingen in Haan
hier: Antrag des fraktionslosen Stv. Giebels (Bürger für Haan -
Bürgerunion) vom 26.02.2022**

Protokoll:

Der TOP wurde gemeinsam mit TOP 4.1 beraten und beschlossen. Das Protokoll ist daher unter TOP 4.1 eingestellt.

**4.1. Krieg in der Ukraine - Aufnahme von Flüchtlingen in Haan
/ Vorlage: II/020/2022**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist darauf, dass die Verwaltung zu diesem Thema eine Vorlage erstellt habe und fragt daher bei dem Antragssteller Stv. Giebels nach, ob es in Ordnung sei, seinen Antrag nicht weiter zu behandeln.

Stv. Giebels erklärt, dass sich sein Antrag mit der Verwaltungsvorlage erübrigt habe und nicht weiterverfolgt werden müsse. Er bittet jedoch um nähere Erläuterung zu Ziffer 2b des Beschlussvorschlages der Verwaltung.

1. Bgo. Herz führt hierzu aus, dass die Verwaltung einen weiteren Krisenstab eingerichtet habe. Das Technische Dezernat habe sich verschiedene Liegenschaften angesehen, jedoch konnten leider nicht alle Liegenschaften akquiriert werden, so dass es notwendig war, die Turnhalle an der Adlerstr., wie bereits in 2015, als Flüchtlingsunterkunft einzurichten. Zusätzlich konnten aber auch viele Menschen in privaten Unterkünften untergebracht werden. Auch hierzu bekomme die Verwaltung weiterhin Angebote. Die Verwaltung rechne mit einem deutlichen Zustrom an Flüchtlingen ab Mitte April. Alles in allem sei die Verwaltung auf vielen verschiedenen Kanälen unterwegs, um die Flüchtlinge schnellstmöglich unterzubringen.

Stv. Lukat verweist auf eine Anfrage der WLH-Fraktion (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 20*). Zur Ziffer 1 ihrer Anfrage lägen mittlerweile Informationen vor, dass sich die Vereine bereits selbst organisieren, daher könne die WLH-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung so zustimmen, da hier keine weiteren Maßnahmen seitens der Stadt notwendig seien. Die Ziffer 2 der Anfrage bezüglich ehrenamtlicher Hilfe bittet sie jedoch noch zu beantworten.

1. Bgo. Herz erläutert, dass die Verwaltung natürlich aus der Flüchtlingskrise 2015 gelernt habe und daher momentan noch sehr gut zurechtkomme. Dennoch nehme die Verwaltung ehrenamtlich angebotene Hilfe jederzeit gerne an.

Stv. Endereß verweist auf Ziffer 2c des Beschlussvorschlages der Verwaltung und möchte wissen, ob es notwendig sei, die Formulierung hier sehr konkret zu gestalten. Eine allgemeinere Formulierung könnte hier ggf. besser geeignet sein.

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt daraufhin vor, den Beschlussvorschlag noch um einen weiteren Buchstaben mit folgender Formulierung zu ergänzen:

„d. weitere geeignete Wohnräume anzumieten und auszustatten.“

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung schlägt vor,
kurzfristig
 - a) die Unterkunft Düsseldorf Str. 141a zu ertüchtigen
(Kosten i. H. v. ca. 65 bis 80 T€, Vorlaufzeit ca. 3 bis 6 Monate)
 - b) die Sporthalle Adlerstraße als Flüchtlingsunterkunft herzurichten. Die Einrichtungsleitung wird durch das DRK gestellt.
 - c) eine Drei-Zimmer-Wohnung des Bauvereins ab dem 01.04.2022 anzumieten (527,70 € Warmmiete im öffentlich geförderten Segment)
 - d) weitere geeignete Wohnräume anzumieten und auszustatten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für die mittel- bis langfristige Flüchtlingsunterbringung auf dem städtischen Grundstück an der Kampheider Straße zu machen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss und HFA empfehlen dem Rat, der vorgelegten Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2022/2023 (1. August 2022 bis 31. Juli 2023) als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII, vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach §§ 24 und 38 Kinderbildungsgesetz NRW, zuzustimmen.

1. Um die Belegung der Plätze im Ü3-Bereich bedarfsgerechter zu gewährleisten, werden die durch den Rat der Stadt Haan am 28.06.2016 beschlossenen Zugangskriterien für Auswärtige und der dem Jugendamt zugestandene Ermessensspielraum großzügig ausgelegt, auch um die Auskömmlichkeit der Einrichtungen zu gewährleisten und möglichen Gruppenschließung entgegenzuwirken.
2. Das Jugendamt prüft den Umgang mit der Wander- und Erlebnisgruppe/ Bauwagen-Gruppe in der städtischen Kindertageseinrichtung Am Bollenberg.
3. Um dem mittelfristigen Trend eines erhöhten U3-Platzbedarfes gerecht zu werden und weitere unterjährige Belegungsflexibilität zu verbessern, sollte eine Gruppenumwandlung von Gruppenform III (Ü3-Kinder) zur Gruppenform I (U3- und Ü3-Kinder) in einer der städt. Kitas geprüft werden, bspw. in der Kita am Sandbach. Hierdurch würden, ausgehend von einer wöchentlichen Betreuungszeit von je 45 Std., 20 Ü3-Plätze in bis zu 6 U3- und 14 Ü3-Plätze umgewandelt.
4. Zur fortwährenden Erfassung der Betreuungsbedarfe, Bedarfsänderungen und der möglichen Fortentwicklung des Angebotsrahmens sollte die Bedarfsabfrage bei Haaner Eltern mit Kindern im Kindergartenalter zum kommenden Sommer ggf. in abgewandelter, vereinfachter Form erneut durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnisse:**zu 1.**

einstimmig abgelehnt

0 Ja / 16 Nein / 1 Enthaltung

zu 2.

einstimmig angenommen

zu 3.

einstimmig angenommen

zu 4.

einstimmig angenommen

**6./ Richtlinien über die Festsetzung von Entgelten zur Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung und der Verlässlichen Grundschule an den Städtischen Offenen Ganztagschulen Don-Bosco-Schule und GGS Gruiten
Vorlage: 40/022/2022**

Beschlussvorschlag:

1. Die Festsetzung des Verpflegungsentgeltes für die Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung an den Städt. Offenen Ganztagschulen „Don-Bosco-Schule“ und GGS Gruiten erfolgt auf Basis der dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügten Richtlinien.
2. Die Festsetzung des Entgeltes für das Betreuungsangebot der verlässlichen Grundschule (VGS) an den Städt. Offenen Ganztagschulen „Don-Bosco-Schule“ und GGS Gruiten erfolgt auf Basis der dieser Vorlage als Anlage 2 beigefügten Richtlinien.

Die bisher ausschließlich für den Standort der Don-Bosco-Schule geltenden Richtlinien werden durch die v.g. Richtlinien ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**7./ Vollausrüstung mit I-Pads an den weiterführenden Haaner Schulen
Vorlage: II/019/2022**

Beschluss:

1. Die Vollausrüstung der Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen in Haan (Gesamtschule und Gymnasium) mit iPads erfolgt grundsätzlich jährlich für jeweils zwei ganze Jahrgangsstufen zum Beginn des Schuljahres. In der Gesamtschule wird jeweils die 6. und die 10. Jahrgangsstufe ausgerüstet, im Gymnasium jeweils die 5. und 9. Jahrgangsstufe.
2. Die Stadt Haan beschafft die iPads für Schülerinnen und Schüler der o.g. Jahrgangsstufen und übergibt diese in das Eigentum der Schülerinnen und Schüler bzw. deren Erziehungsberechtigten.
3. Ein Eigenanteil wird nicht erhoben, solange die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür nicht vorliegen. Allerdings führt die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Schulen eine Bedarfsabfrage durch, um eine bedarfsgerechte Ausrüstung mit iPads zu gewährleisten und eine Doppelausrüstung der Schülerinnen und Schüler zu vermeiden.

Abstimmungsergebnisse:

zu 1.

einstimmig angenommen

zu 2.

mehrheitlich angenommen

13 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

zu 3.

mehrheitlich angenommen

13 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

8./ Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk II West/Mitte Vorlage: 32-2/021/2022

Beschlussvorschlag:

Frau Kerstin Beyer wird für eine weitere Amtsperiode zur stellvertretenden Schiedsfrau für den Schiedsgerichtsbezirk II West/Mitte der Stadt Haan gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

9./ Ausschreibung des Heimatpreises 2022

Vorlage: WTK/026/2022

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Haan schreibt 2022 erstmalig den Heimatpreis des Landes NRW aus. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag zum Förderprogramm Heimatpreis beim Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen zu stellen und die Ausschreibung des Heimatpreises entsprechend umzusetzen.

Der Ratsbeschluss gilt gemäß den Landesvorgaben als Grundsatzbeschluss zur Teilnahme der Stadt Haan am „Heimat-Preis“ auch für die Folgejahre.

Der Rat der Stadt stimmt der Besetzung der Jury (s. Sachverhalt) zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
14 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

10./ E-Lastenfahrräder

Vorlage: WTK/025/2022/1

Protokoll:

Stv. Lukat bedankt sich bei den beiden Einzelhandelsgeschäften „Mama rockt“ und „Supernah“ dafür, dass diese sich bereit erklärt haben, entsprechende Leihstationen für die E-Lastenfahrräder einzurichten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beauftragt die Stadt Haan mit der Ausschreibung von zwei E-Lastenfahrrädern, um – wie im Sachverhalt dargestellt – ihren kostenlosen Verleih mit Hilfe von Projektpartnerschaften sicherzustellen. Die finanziellen Mittel werden für das Jahr 2022 außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

11./ Umbenennung von Straßen

hier: 1. Agnes-Miegel-Weg

2. Emil-Nolde-Straße

Vorlage: 63/004/2022

Beschluss:

1. Die Verwaltung schlägt auf Wunsch/Anregung der Anwohner_innen des Agnes-Miegel-Wegs vor, den Agnes-Miegel-Weg in Nelly-Sachs-Weg umzubenennen.
Beide Straßenbeschilderungen bleiben für eine Übergangszeit von einem Jahr gemeinsam aufgestellt.
2. Die Verwaltung schlägt auf Anregung der Anwohner_innen der Emil-Nolde-Straße vor, die Emil-Nolde-Straße in Anni-Albers-Straße umzubenennen.
Beide Straßenbeschilderungen bleiben für eine Übergangszeit von einem Jahr gemeinsam aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

12./ Reform der Grundsteuer – Umsetzung durch die Stadtverwaltung und mögliche Auswirkungen auf den Haushalt und die Finanzplanung hier: Antrag des fraktionslosen Stv. Giebels (Bürger für Haan - Bürgerunion) vom 09.02.2022

Protokoll:

Stv. Giebels erläutert den Antrag.

StOVR'in Abel erläutert, dass das Finanzamt im Laufe des Jahres 2023 mitteilen wolle, wie hoch der Hebesatz sein müsste. Die Verwaltung wisse derzeit noch nicht, welchen Finanzbedarf sie 2025 haben werde. Sie führt jedoch aus, dass die Verwaltung die entsprechenden Informationen seitens des Finanzamtes als Mitteilung weitergeben werde, sobald diese vorliegen.

Stv. Rehm verweist darauf, dass die Grundsteuer C ggf. auch ein Thema für Haan sein könnte. Dies würde bedeuten, unbebaute Grundstücke, welche jedoch für einen Bau vorgesehen seien, so hoch zu besteuern, dass sich Spekulationen mit diesen nicht lohne.

**13./ Machbarkeitsstudie PV-Anlage Grundschule Mittelhaan
Vorlage: 65/024/2022**

Beschlussvorschlag:

1. Die Politik nimmt die Studie zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ertüchtigung des Daches der Grundschule Mittelhaan zur anschließenden Installation einer Photovoltaik vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Dachfläche an die Stadtwerke Haan zu verpachten, die die Anlage im Folgenden in eigener Verantwortung installiert und betreibt. Es wird demnach empfohlen, das Betreibermodell 2 der Studie im Weiteren zu verfolgen. Dieses sieht eine Investition und den Betrieb durch die Stadtwerke Haan vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**14./ Bebauungsplan Nr. 7, 2. Änderung „Neubau Gymnasium“
hier: Beschluss über Anregungen, § 3 (1), (2) , § 4 (1) und (2) BauGB
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/032/2021**

Beschlussvorschlag:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB, über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Bebauungsplan Nr. 7, 2. Änderung „Neubau Gymnasium“ in der Fassung vom 07.08.2015 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 27.05.2021 und dem separat erstellten Umweltbericht in der Fassung vom Mai 2021 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich in Haan-Nordwest. Es umfasst den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 7, erweitert um die Parzellen Gemarkung Haan, Flur 28, Flurstücke 543 und 648 einschließlich der hiervon eingeschlossenen Wegeparzellen.

Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

15./ Umbau des Bahnhofs Gruiten im Rahmen der MOF 3

hier: Beantwortung der Fragen gem. Anfragen der Fraktionen;

Option der Übernahme der bestehenden Personenunterführung

Vorlage: 61/045/2022

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke begrüßt den online zugeschalteten Vertreter der Deutschen Bahn AG, Herr Klinger und bittet ihn das Gesamtprojekt seitens der Bahn nochmal in Gänze vorzustellen.

Herr Klinger stellt das Projekt in einer Präsentation vor.

Stv. Niklaus streicht heraus, dass die Unterführung aus seiner Historie heraus eine wichtige Verbindung darstelle und plädiert an die Deutsche Bahn sich der geschichtlichen Bedeutung dieser Verbindung bewusst zu sein.

Herr Klinger erläutert dazu, dass seitens der Deutschen Bahn die Unterführung als Querungsmöglichkeit und Verbindung zu den Gleisen nicht mehr zur Debatte stünde, da diese auch seitens des Fördermittelgebers nicht gedeckt sei. Als zukünftige Querungsmöglichkeit werde die geplante Überführung dienen. Sollte die Unterführung erhalten bleiben, müsste diese von der Stadt mit sämtlichen Kosten und Verpflichtungen übernommen werden. Die Zugänge zu den Gleisen würden aber

seitens der Deutschen Bahn nach Abschluss der Umbauarbeiten und Fertigstellung des Projektes in jedem Fall verschlossen.

Stv. Lemke merkt an, dass er sich ein weniger massives Bauwerk gewünscht hätte. Er möchte wissen, wann mit dem Bau begonnen werde.

Herr Klinger erläutert, dass man sich derzeit in der Planungsphase befinde. Er führt weiterhin aus, dass diese Planung noch durch das entsprechende Bundesamt genehmigt werden müsse, die Bahn die Planung jedoch erst zur Prüfung einreichen könne, wenn es eine Entscheidung seitens der Stadt bezüglich der Unterführung gäbe. Er plädiert daher für einen zeitnahen Beschluss, um das Projekt nicht weiter zu verzögern.

Stv. Günther verweist auf die von der Deutschen Bahn geplanten Maßnahmen zum Vogelschutz. Sie moniert, dass hier lediglich mit schwarzen Vogelaufklebern gearbeitet werden solle, wobei es mittlerweile Erkenntnisse vorlägen, dass dies bei weitem nicht ausreiche und es zudem noch bessere Maßnahmen zum Schutz der Vögel gäbe. Sie wünscht sich daher, dass die Deutsche Bahn dies in ihrer Planung nochmal berücksichtige.

Herr Klinger verspricht, dass dies nochmal geprüft und entsprechend in der Planung angepasst werde.

Stv. Lukat möchte wissen, wann eine entsprechende Information an die Anwohner gegeben werde.

Herr Klinger teilt mit, dass den Anwohner_innen die entsprechenden Informationen ca. ein halbes Jahr vor Baubeginn mitgeteilt würden.

Stv. Endereß verweist auf die Bäume am Park&Ride-Parkplatz und fragt diesbezüglich an, ob diese erhalten bleiben.

Herr Klinger versichert, dass diese Bäume unberührt blieben.

Da keine weiteren Fragen seitens des Ausschusses mehr vorliegen, verabschiedet **Bgm'in Dr. Warnecke** Herrn Klinger und bedankt sich für die Präsentation und die Beantwortung der Fragen. Anschließend verweist sie auf den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung und vermerkt, dass der Ausschuss die Ziffer 1 zur Kenntnis genommen habe.

Stv. Lemke führt zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages aus, dass die Deutsche Bahn definitiv kein Interesse daran hat, die Unterführung beizubehalten. Zu diesem Punkt hätte er sich gewünscht, dass die Bürger_innen früher informiert werden. Er verweist auch an die Aussage des Stv. Niklaus, dass diese Verbindung auch eine historische Bedeutung habe, welche nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Insofern sei die Bedeutung der Unterführung aus seiner Sicht zu groß, um hier einen schnellen

Beschluss zu fassen. Er plädiert daher dafür, dass dies nochmal ausführlich diskutiert und die Bürger_innen mit eingebunden werden sollten.

StOVR'in Abel weist darauf hin, dass der Ersatzneubau der Unterführung eine investive Maßnahme sei, welche eine Nutzungsdauer von ca. 100 – 110 Jahren gem. dem Gutachten habe. Die Kosten, welche sich dann im Haushalt der Stadt niederschlagen würden, beliefen sich auf ca. 70.000,00 Euro im Jahr und das für die nächsten 100 Jahre. Mit Blick auf die Projekte, welche die Stadt in den nächsten Jahren noch geplant habe, sei dies aus Sicht der Kämmerei nicht zu stemmen.

Stv. Lukat führt aus, dass die WLH-Fraktion an ihren Dialogständen die Erfahrung gemacht habe, dass viele Bürger_innen Verständnis dafür gezeigt hätten, dass die Unterführung zugemacht werde. Zudem würde sich die Stadt bei Übernahme und Weiterführung der Unterführung, auch die sog. Verkehrssicherungspflicht aufbürden. Dieses Risiko sei aus Sicht der WLH-Fraktion zu hoch, weshalb sie auch bereits in der heutigen Sitzung einen entsprechenden Beschluss fassen könne, die Unterführung nicht zu übernehmen.

Stv. Rehm pflichtet dem bei und verweist ebenfalls auf die Verkehrssicherungspflicht und das damit verbundene, hohe Risiko für die Stadt.

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, dass die Politik und die Verwaltung die Bürger_innen nach Beschlussfassung gemeinsam informieren.

Stv. Niklaus meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf bis zur Sitzung des Rates an.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion hat zu diesem Sachverhalt Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung für den Rat erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 15. Umbau des Bahnhofs Gruiten im Rahmen der MOF 3**
1./ hier: Weiterführende Information der Planung durch die DB Station & Service AG
-

Protokoll:

Der TOP wurde mit TOP 15 gemeinsam Beraten. Das entsprechende Protokoll ist daher unter TOP 15 aufgeführt.

16./ Lärmaktionsplanung der Stadt Haan der 3. Runde
hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen
Beschluss des Lärmaktionsplans
Vorlage: 61/041/2021/1

Beschlussvorschlag:

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Lärmaktionsplan der 3. Runde gem. § 47d BImSchG in der Fassung vom 19.11.2021 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17./ Straßensanierungsprogramm
Vorlage: 66/032/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Listen des Straßen- und Wegekonzeptes gemäß der Anlagen 1 und 2.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

18./ Neugestaltung Grünzug Haaner Bachtal
hier: Baukostenentwicklung
Vorlage: 70/015/2022

Protokoll:

Techn. Bgo. Schacht teilt mit, dass die Verwaltung sich mit dem Seniorenbeirat, dem Jugendparlament sowie den Behindertenbeauftragten getroffen habe und das finanzielle Ziel eingehalten werden könne. Über die Gestaltung der Bänke werde aktuell jedoch noch beraten.

Beschlussvorschlag:

Den vorgelegten Einsparpotentialen der Verwaltung wird zugestimmt, wenn der Kostenrahmen von rund 2,4 Mill. eingehalten wird, die zu realisierenden Einsparmaßnahmen mit den Beteiligten (Seniorenbeirat, Jugendparlament, Behindertenbeauftragte) abgestimmt werden und die weggefallenen Elemente zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

19./ Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 20/046/2022

Protokoll:

Stv. Lukat bedankt sich für die Vorlage, bittet jedoch um eine Aufstellung der Einzelmaßnahmen zu Protokoll.

***Hinweis:** Die entsprechende Aufstellung ist im Ratsinformationssystem unter TOP 24 einsehbar.*

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

20./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke weist darauf hin, dass die vorliegende Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.02.2022 bezüglich der Jubiläumsehrenamtskarte seitens der

Verwaltung schriftlich beantwortet wurde (siehe Ratsinformationssystem).

Die Anfrage der WLH-Fraktion vom 22.03.2022 bezüglich eines Berichtes zur Flüchtlingsunterbringung wurde in den Beratungen zu TOP 4 und 4.1 beantwortet.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

21./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.